

„Irgend jemand“ hat den Kindern

Vor den Prozessen um die Wormser Fälle sexuellen Mißbrauchs sucht das Gericht nach

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ/WORMS — Der Leitende Oberstaatsanwalt Hans Seeliger, Chef der Anklagebehörde in Mainz, bekommt derzeit noch mehr Briefe und Anrufe also ohnehin schon: Bürger drücken Abscheu aus und fordern drastische Strafen.

Es geht um sexuellen Mißbrauch an Kindern, um insgesamt mehr als 100 Einzelfälle. Es geht um 16 Jungen und Mädchen, die 1993, zum vermutlichen Tatzeitraum, zwischen sechs Monate und acht Jahre alt waren. Sie sind jetzt in Heimen untergebracht. Es geht um die Verdächtigen und Angeklagten, einen Kreis von derzeit 30 Personen im Alter zwischen 23 und 71 Jahren aus Worms und Umgebung, darunter leibliche Eltern und Verwandte der Kinder. Im Umfeld ist zu hören, es seien „normale Leute aus kleinbürgerlichen Verhältnissen“, unauffällig; nur einer habe mal auf eine Katze geschossen, ein anderer wegen eines Autodiebstahls Ärger gehabt. Es gebe keine Hinweise, daß Alkohol eine Rolle spielte.

„Massiv gequält“

17 Angeklagte sitzen in Untersuchungshaft. Den Vorwurf der Staatsanwaltschaft beschreift der Paragraph 176 des Strafgesetzbuches so: „Wer sexuelle Handlungen an einer Person unter 14 Jahren (Kind) vornimmt oder an sich von dem Kind vornehmen läßt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Aus einer Summe von Einzelfällen kann allerdings eine höhere Strafe resultieren. Im fränkischen Flachland wurde vor wenigen Tagen ein 56jähriger zu 14 Jahren Haft verurteilt, weil er nach Überzeugung des Landgerichts Ansbach seine beiden Töchter mindestens 13mal vergewaltigt hatte. Die Mainzer Staatsanwaltschaft wirft einzelnen Angeklagten eine weit höhere Zahl von Fällen sexuellen Mißbrauchs vor; Kinder seien körperlich massiv verletzt und gequält, etwa mit einer Art medizinischer Klemme im Genitalbereich, aber auch an den Augenbrauen traktiert worden. Die sexuellen Mißhandlungen seien „systematisch fotografiert und mit Video gefilmt worden“, so Anklagechef Seeliger. Die mutmaßlichen Tatorte waren Privatwohnungen und der Nebenraum einer Gaststätte im Wormser Stadtteil Pfeddersheim. Der Wirt dieser Gaststätte wird der Beihilfe beschuldigt. Es besteht auch der Verdacht, daß Angeklagte einzelne Kinder in der Gaststätte unbekannten Männern gegen Bezahlung für sexuelle Handlungen „zugeführt“ haben.

Der Strafprozeß vor dem Landgericht Mainz wird in mehreren „Etappen“ geführt, wobei zusammengehö-

rige Teile von Großfamilien gemeinsam vor den Gerichtsschranken stehen. Gegen eine erste Gruppe von vier Männern und drei Frauen verhandelt die 3. Große Strafkammer unter dem Vorsitzenden Ernst Härtter ab 24. November. Bislang sind bis Ende Januar 17 Prozeßtage terminiert, sogar der 22. und 29. Dezember.

In dieser Gruppe wird auch über einen Fall geurteilt, der die makabre Dimension des gesamten Geschehens widerspiegelt. Unter den sieben Angeklagten ist die frühere Arzthelferin W. Sie assistierte 1991 ihrem Chef, als er die Nichte der W., die damals dreieinhalbjährige J., untersuchte. J.s Vater hatte auf Verletzungen an dem Kind hingewiesen. Der Arzt diagnostizierte massive Mißbrauchsspuren. Wenn die Anklage zutrifft, war aber ausgerechnet die W. an den Mißhandlungen ihrer Nichte beteiligt gewesen; somit hätte eine Täterin — unerkannt — bei der Untersuchung ihres Opfers mitgeholfen. Daß die Ermittlungen 1992 ergebnislos eingestellt wurden, zählt zu den schwärzesten Punkten des Verfahrens. Denn J. und ihr kleiner Bruder R. sollen in der Folgezeit in der Obhut ihrer Großmutter weiter mißbraucht worden sein, laut Anklage sogar von der Großmutter selbst.

Erst als Mitarbeiterinnen von „Wildwasser“ in Worms, einem Verein gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Frauen, Alarm schlugen, kamen J. und R. in ein Heim. Dort erzählten sie von Vorgängen, die zum Ausgangspunkt für weitere Nachforschungen wurden und nun Gegenstand der Prozesse sind. Die Anklageschriften gegen zwei weitere Gruppen von 13 beziehungsweise fünf Personen geht in diesen Tagen bei Gericht ein. Bis diese Verhandlungen beginnen, können zwei bis drei Monate vergehen.

Ins Ausland verkauft?

Wer gegenwärtig versucht, sich ein Bild von den Hintergründen zu machen, hört auch Aussagen Außenstehender, diese und jene angeklagte Person sei „die größte von diesen Drecksäuen“. Das kennzeichnet die Stimmungslage des öffentlichen Umfelds, in dem die rheinland-pfälzische Justiz in vermutlich langwierigen, komplizierten Verfahren eine ihrer bislang größten Bewährungsproben bestehen muß. Empörung und Abscheu sind eine Sache; der Strafprozeß eine andere. In ihm gilt die Unschuldsvermutung. (Sie sollte eigentlich auch in der Öffentlichkeit gelten.) Jeder Angeklagte muß so lange als unschuldig behandelt werden, bis ihm seine Tat zweifelsfrei nachgewiesen ist. Öffentliche Empörung und Abscheu sind dann — aber auch nur dann — gerechtfertigt und wohl auch sinnvoll, wenn Angeklagte der Widersinnlichkeiten überführt werden, die ihnen die Staatsanwaltschaft vorwirft.

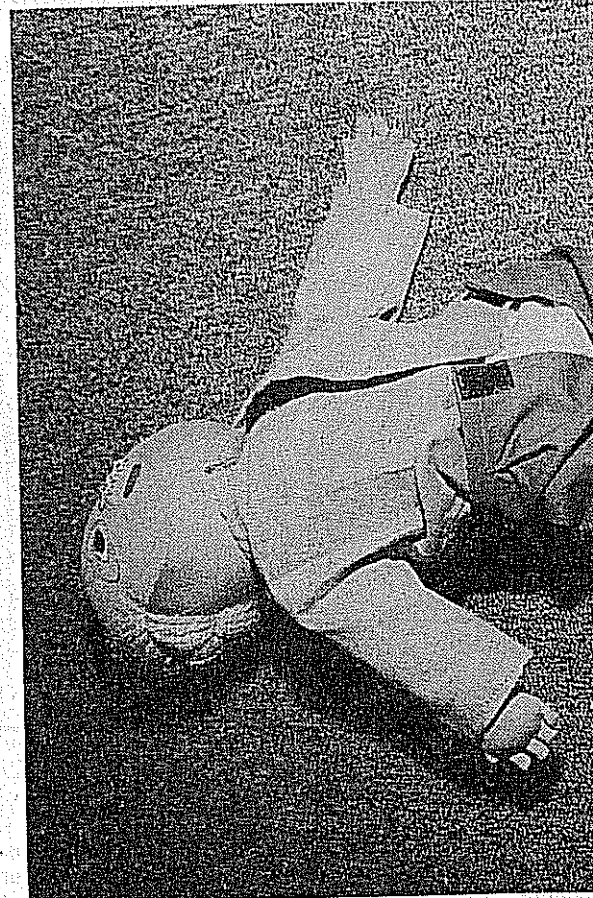
Bisher streiten die Angeklagten alle Vorwürfe ab. Bilder oder Videobänder wurden trotz intensiver polizeilicher Suche nicht gefunden. Es besteht der Verdacht, daß sie gewinnbringend ins Ausland verkauft wurden und „vielleicht in zehn Jahren als Re-Import bei uns wieder zu sehen sind“, wie ein Ermittler sagt.

Auf einer Couch, auf der Kinder mißbraucht worden sein sollen, seien Haarspuren sichergestellt worden, es lasse sich jedoch nicht mit der notwendigen Sicherheit sagen, ob sie von einem der Angeklagten stammen, so die Staatsanwaltschaft. Nachbarn der Angeklagten hätten nichts bemerkt, was auf die vorgenommenen Taten hindeute.

Glaubwürdigkeit v
tralen Thema des

Während der A
dern in einem St
Öffentlichkeit
grundsätzlich au
fragen darf auss
richtsvorsitzende
mit dem Kind ver
die Eltern, hat das
ein Aussageve
Dem Kind steht w
ge eine Betreuung
Die kann die Be
stoppen.

Und dennoch: I
ne Vernehmung
Kind zur erneute
enorm groß. In
sich nun Hinwei



Die Staatsanwaltschaft kann sich bislang also nur auf zwei Beweiselemente stützen: die medizinischen Befunde und die Aussagen der Kinder. Die ärztlichen Gutachten belegten die Mißhandlungen eindeutig, schildert der Leitende Oberstaatsanwalt Seeliger: „Die Angeklagten sagen: ja, das ist ganz schlimm, was da mit unseren Kindern passiert ist, aber wir waren's nicht und wir wissen auch nicht, wer es war.“ Bleiben die Aussagen der Kinder als wichtigster Beweis. Das bedeutet: Die Kinder, die während der Ermittlungen schon von der Staatsanwaltschaft und vor dem Richter befragt wurden, müssen in der Hauptverhandlung nochmals aussagen. Und: Ihre

diese Gefahr be
den Prozeß auf
Weg bannen wi
Überlegung, kö
handlungssaal
werden, also ni
noch furchtein
annähernd zw
wälfen und Gu
leine vom Vor
separaten Rau
mung könnte
„live“ in den Ve
tragen werden.
haben Zustimm

Eine solche
es in einem de
nicht gab, ers
leuchtend. Bei
liktsgruppe, im

den Kindern Schreckliches angetan

Sucht das Gericht nach Wegen, die Opfer vor Aussage-Torturen zu bewahren

Seiten die Angeklagten ab. Bilder oder Videos trotz intensiver polizeiliche nicht gefunden. Es Verdacht, daß sie ged ins Ausland verkauft, vielleicht in zehn Jahren Transport bei uns wieder zu wie ein Ermittler sagt. Couch, auf der Kinder worden sein sollen, seien sichergestellt worden jedoch nicht mit 100-prozentiger Sicherheit sagen, in dem der Angeklagten die Staatsanwaltschaft, der Angeklagten hätten nicht, was auf die vorgehen hindeute.

Glaubwürdigkeit wird zu einem zentralen Thema des Prozesses.

Während der Aussage von Kindern in einem Strafprozeß werden Öffentlichkeit und Angeklagte grundsätzlich ausgeschlossen. Befragen darf ausschließlich der Gerichtsvorsitzende. Sind Angeklagte mit dem Kind verwandt, sind es gar die Eltern, hat das Kind naturgemäß ein Aussageverweigerungsrecht. Dem Kind steht während der Aussage eine Betreuungsperson zur Seite. Die kann die Befragung jederzeit stoppen.

Und dennoch: Die Gefahr, daß eine Vernehmung für ein gequältes Kind zur erneuten Tortur wird, ist enorm groß. In Mainz verdichten sich nun Hinweise, daß die Justiz

sierten Kriminalität, wird dem Zeugenschutz schließlich auch erhöhte Priorität eingeräumt. Dort muß ein verdeckter Ermittler nicht selbst im Verhandlungssaal aussagen. Statt dessen wird ein Polizist oder Staatsanwalt befragt, der den Ermittler zuvor vernommen hat. Muß nicht zum Schutz von Kindern billig sein, was zum Schutz eines verdeckten Ermittlers recht ist? Das Mainzer Landgericht könnte Rechtsgeschichte schreiben.

Wie glaubwürdig sind die Aussagen von Vier-, Fünf- oder Sechsjährigen? Gutachter werden diese Frage auch im Mainzer Prozeß beantworten müssen. Wie hat man sich das überhaupt vorzustellen: Wie gibt ein Kind zu erkennen, daß es miß-

ein grober Fehler gewesen, Kinder ohne körperliche Mißbrauchsspuren mit anderen, die solche Spuren aufweisen, im Heim zusammenzubringen. Bei Kindern ohne Spuren sei schließlich denkbar, daß sie überhaupt nicht mißbraucht wurden. In der „sexualisierten Atmosphäre“ des Heimes aber, wo alle nur „das“ berichteten, hätten sie aber möglicherweise die Erfahrung gemacht: es bringt Erfolg, wenn ich böse Sachen erzähle. Schumacher berichtet, eines der Kinder habe schließlich auch einen — nicht existierenden — Bankraub geschildert. „Da hat man versäumt, die Gegenprobe zu machen: Wenn das Kind auf Nachfragen die schlüssige, detaillierte Schilderung eines nie geschehenen Bankraubs geliefert hätte, wäre klar geworden, daß die schlüssige, detaillierte Schilderung eines sexuellen Mißbrauchs auch nur das Produkt einer unglücklichen Befragung sein kann.“

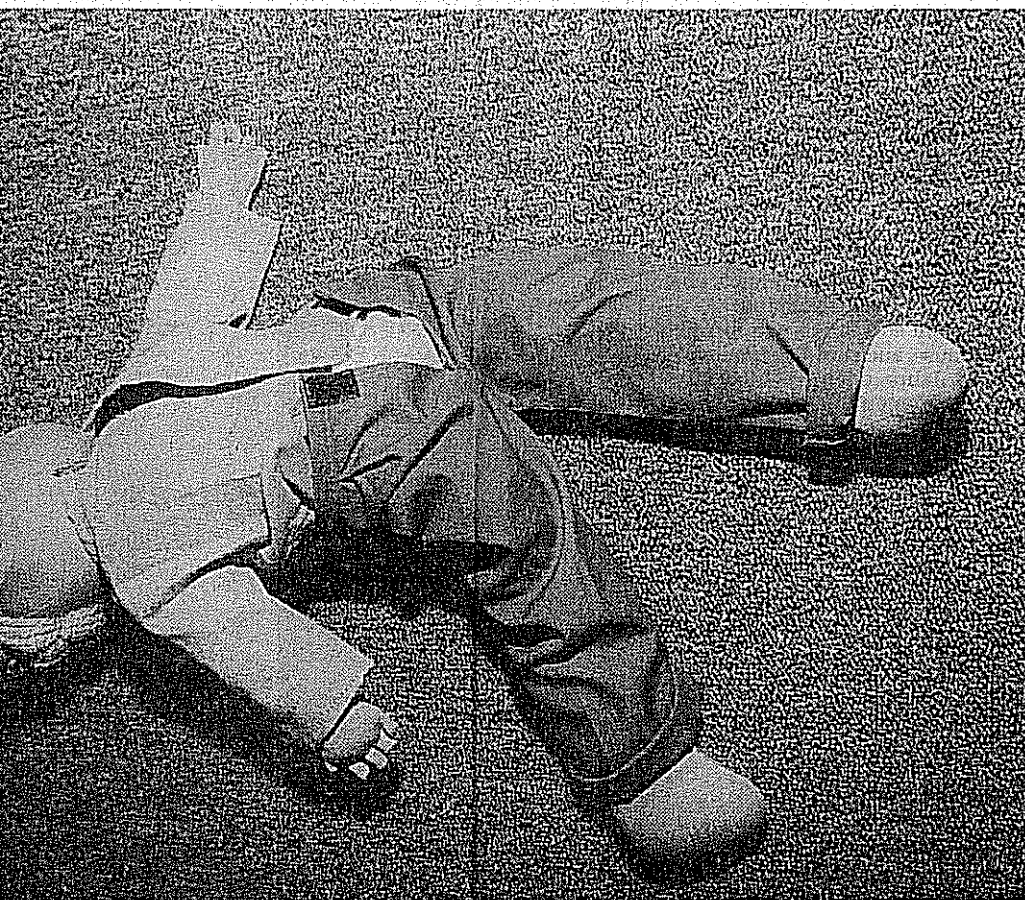
„Augen nicht verschließen“

Keinesfalls dürfe den Kindern der Vorwurf gemacht werden, sie hätten Geschichten bewußt erfunden. Er sehe aber die Gefahr, daß „Dinge herbeigefragt wurden, die der Staatsanwaltschaft ins Konzept passen“, so Schumacher.

Auch der Verteidiger Michael Harschneck meint, daß Kinder im Vorfeld des Prozesses von der Staatsanwaltschaft „indoktrinierend“ befragt worden sein könnten. Harschneck sagt aber auch: „Ich kann nicht die Augen davor verschließen, daß es bestimmte Aussagen von Kindern gibt, die nicht erfunden sein können.“ Also müsse offensichtlich den Kindern „von irgendjemandem etwas passiert“ sein.

Der Hinweis macht deutlich, daß es vielleicht doch noch zu Geständnissen kommt. Damit bliebe zumindest einem Teil der Kinder die Aussage im Prozeß erspart. „Ein Angeklagter, der jetzt aufsteht und sagt: ‚Ich hab' das und das gemacht, der und jener hat auch was gemacht, aber die anderen sind unschuldig‘, der hätte bei den Richtern gute Karten“, sagt ein Kenner der Justizszene. Aus den Reihen der Verteidiger wird beklagt, einzelne ihrer Mandanten sähen sich in der Haftanstalt Druck ausgesetzt: Dort lege man ihnen nahe zu gestehen.

Im Gefängnis gelten Angeklagte bei Kindesmißbrauch sogar bei Räubern und Mördern als Abschaum. „Es ist Unfug, diese Menschen nur als Monster hinzustellen“, heißt es dagegen bei „Wildwasser“ in Worms. Auch Täter mit schwerer Schuld sollten neben der Strafe Hilfe erfahren, etwa in Form von Therapie. Für die Zukunft der Kinder müßten alle Kräfte mobilisiert werden: „Sie sind schwer getroffen und traumatisiert, aber das muß nicht bedeuten, daß sie im Leben scheitern. Entscheidend ist, daß sie jetzt gute Hilfsangebote bekommen.“



anwaltschaft kann sich nur auf zwei Beweiselemente: die medizinischen und die Aussagen der Kinder. Die Gutachten belegen die Aussagen eindeutig. Leitende Oberstaatsanwältin: „Die Angeklagten sagten ganz schlimm, was da Kindern passiert ist, aber wir wissen nicht, wer es war.“ Bleiben die Kinder als wichtig. Das bedeutet: Die Kinder der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Richter befragt wurden, der Hauptverhandlung aussagen. Und: Ihre

diese Gefahr bei dem bevorstehenden Prozeß auf einem völlig neuen Weg bannen will: Die Kinder, so die Überlegung, könnten nicht im Verhandlungssaal selbst vernommen werden, also nicht vor einem immer noch furchteinflößenden Kreis von annähernd zwanzig Richtern, Anwälten und Gutachtern, sondern alleine vom Vorsitzenden in einem separaten Raum. Diese Vernehmung könnte per Videokamera „live“ in den Verhandlungssaal übertragen werden. Einzelne Verteidiger haben Zustimmung signalisiert.

Eine solche Verfahrensweise, die es in einem deutschen Gericht noch nicht gab, erscheint mehr als einleuchtend. Bei einer anderen Deliktgruppe, im Bereich der Organi-

braucht worden ist? „Ein Kind, auch ein vier- oder fünfjähriges, kann das unmißverständlich klarmachen“, erläutern die Mitarbeiterinnen der Wormser Hilfsorganisation „Wildwasser“. Es gebe bestimmte, deutliche Zeichen, Gesten, Worte, wenn die Kinder im Rahmen von Rollenspielen den Part der Eltern übernehmen. Besonders bedeutsam seien dabei Puppen, die dem Körperbau von Menschen entsprechend konstruiert sind. „Die Kinder“, ist man bei „Wildwasser“ überzeugt, „geben schon die relevanten Signale.“

Der Mainzer Rechtsanwalt Georg Schumacher, einer der Verteidiger, ist völlig anderer Auffassung — jedenfalls, was den am 24. November beginnenden Prozeß betrifft. Es sei